

## Antworten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

auf die Fragen von Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e. V.



### Wahlprüfsteine Bundestagswahl 2017

#### Antisemitismus

Der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus hat unter Bezug auf die FES-Mitte-Studie 2016 herausgearbeitet, dass zusammengefasst sechs Prozent der deutschen Bevölkerung ihre Zustimmung zu klassischem Antisemitismus, 26 Prozent zu sekundärem Antisemitismus und 40 Prozent zu israelbezogenem Antisemitismus geben. Nach den Analysen der Autor\*innen sind antisemitische Bilder in allen Altersstufen in allen gesellschaftlichen Gruppen der Mehrheitsgesellschaft sowie gesellschaftlicher Minderheiten abrufbar. Demnach äußert sich Antisemitismus oft verdeckt und in vielschichtigen Erscheinungsformen. Gleichzeitig wird Antisemitismus politisch und gesellschaftlich als insgesamt wenig bedeutsam erachtet und die (immer noch) weit verbreiteten Stereotype häufig bestritten. Der Bericht stellt heraus, dass die Relevanz von Diskriminierungen und das Schutzbedürfnis jüdischer Gemeinden ausschließlich historisch begründet und gegenwärtige Erscheinungsformen von Antisemitismus und ihre Wirkung oft nicht erkannt oder ernst genommen werden.

#### Wie möchte Ihre Partei die Forderungen und Empfehlungen des aktuellen Antisemitismusberichts umsetzen? Insbesondere in Bezug auf

- **das Monitoring antisemitischer Einstellungen und die systematische Erfassung antisemitischer Übergriffen oder Vorfällen in der Gesellschaft,**

Aus unserer Sicht mangelt es an einer konsequenten und einheitlichen Erfassung, Veröffentlichung und Ahndung antisemitischer Straftaten, wie auch die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage von uns bestätigt. So fehlt etwa ein bundesweit einheitlicher Kriterienkatalog. Sicherheitsbehörden und Justiz müssen ihre Erkenntnisse besser und effektiver zusammenführen. So haben wir schon vor Jahren die Einführung einer Verlaufsstatistik gefordert, um die Erfassung und den Umgang von Polizei und Justiz zumindest bei politisch motivierten Gewaltverbrechen präziser nachverfolgen und dokumentieren zu können. Eine Verlaufsstatistik würde auch einen strukturierten Informationsaustausch zwischen Justiz und Zivilgesellschaft stärken. So fehlt in diesem Zusammenhang die Einbeziehung der Selbstwahrnehmung von Jüdinnen und Juden auf antisemitische Erfahrungen in die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden. Der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) in Berlin ist es zu verdanken, dass die Zahlen zu antisemitischen Vorkommnissen genauer erfasst werden können, was in Berlin zu einer Korrektur der Zahlen des LKA führte.

- **Jüdinnen und Juden in institutionalisierte Diskurse in Expertengremien, Förderprogrammen, politische Bildung einzubeziehen und den Diskurs „über“ aufzubrechen,**

Das Beispiel der zunächst fehlenden jüdischen Expertinnen und Experten im Expertenkreis zeigt, dass in der Einbeziehung von Jüdinnen und Juden in die Diskurse über Antisemitismusbekämpfung eine deutlich stärkere Sensibilität an den Tag gelegt werden muss. Die Beispiele von RIAS oder des Kompetenzzentrums der Zentralen Wohlfahrtstelle der Juden in Deutschland (ZWST) zeigen, wie wichtig empowernde und selbstbestimmte Strukturen sind. Diese Beratungs- und Empowermentstrukturen für von Antisemitismus Betroffene zu stärken und eine dauerhafte, strukturelle Förderung zu ermöglichen, ist unser Ziel.

- **die Auseinandersetzung mit Antisemitismus innerhalb der eigenen Partei,**

Antisemitismus in seinen verschiedenen Facetten muss überall bekämpft werden. Wohl keine gesellschaftliche und politische Institution ist frei von Menschen, die antisemitische Einstellungen pflegen. Damit selbstkritisch umzugehen gehört zu unserem Selbstverständnis, Antisemitismus weder von rechts, links oder aus der Mitte aus der Gesellschaft zu tolerieren.

- **bessere Rahmenbedingungen für die Prävention in der historisch-politischen Bildungsarbeit,**
- **Voraussetzungen für eine langfristig ausgerichtete und verlässliche Förderung von Bildungsprojekten zum Thema Antisemitismus und**

Wir wollen ein Demokratiefördergesetz auf den Weg bringen, das die dauerhafte Bundesförderung von demokratiefördernden und engagementpolitischen Initiativen und Projekten möglich macht. Dies würde eine langfristig ausgerichtete, verlässliche Förderung von altersunabhängigen Projekten zum Thema Antisemitismus erleichtern. Darüber hinaus wollen wir die Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung sichtbar machen und ihre Angebote interkulturell öffnen. Hierfür ist eine verstärkte Kooperation mit Schulen und Jugendhilfeträgern sinnvoll. Zu den guten Rahmenbedingungen in der präventiven Bildungsarbeit gehört für uns auch, dass die dort tätigen Lehrkräfte für ihre vielfältigen und hochwertigen Bildungsangebote auch gute Arbeitsbedingungen und eine faire Bezahlung erwarten können. Fachkräfte müssen darin unterstützt werden, Kinder und Jugendliche zu befähigen, Verständnis für die gemeinsamen Grundwerte und kulturelle Vielfalt zu entwickeln, Menschenwürde zu achten, jede Form von Radikalisierung und Extremismus zu bekämpfen und religiöse Unterschiede zu respektieren. Für Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher und andere Fachkräfte müssen die Auseinandersetzung mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und der geeignete Umgang damit Teil der pädagogischen Ausbildung sein. Dafür setzen wir uns ein.

- **die Einsetzung einer\*s Antisemitismus-Beauftragten.**

Wir schließen uns der Forderung des zweiten Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus nach Einführung einer/eines Antisemitismusbeauftragten vollumfänglich an. Mit dieser bei der Bundesregierung im Bundeskanzleramt angesiedelten Stelle sollen Erfahrungen, Instrumente und Aktivitäten in der Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus gebündelt und das Zusammenwirken von Behörden und Zivilgesellschaft koordiniert werden. Damit würde diesem Querschnittsthema über die verschiedenen Ressorts und Zuständigkeiten die Effizienz und Stringenz verliehen, die notwendig ist.

## Demokratieförderung

Demokratie bedeutet bei nahezu allen politischen Parteien zuerst Wahlen und damit die Legitimierung parlamentarischen Handelns. Neben dieser Herrschaftsform kann Demokratie auch als eine Gesellschafts- und eine Lebensform verstanden werden. Alle Bereiche des öffentlichen Lebens wie Schulen, Straßen, Marktplätze und Parks sind damit Teil der Demokratie, sie sind für alle da und alle tragen dafür Verantwortung. Eine gesicherte und gleichberechtigte Teilhabe und aktive Mitwirkung an diesen Systemen und Orten sollte deshalb ebenso Teil von Demokratie sein wie die Mitbestimmung darüber, wie wir zusammenleben wollen.

- **Abgesehen von Wahlen, wie möchte Ihre Partei ein demokratisches Miteinander auf zivilgesellschaftlicher Ebene und im Austausch von Zivilgesellschaft und Politik fördern?**
- **Welche Formen politischer Partizipation möchten Sie stärken?**

Wir teilen die Forderung nach Demokratie als übergreifender Struktur und Lebensform. Bürgerinnen und Bürger wollen und brauchen Mitsprache, auch und gerade für ihre unmittelbaren Lebensräume und sie unmittelbar betreffende Fragen. Wir wollen deshalb die Demokratie stärken – auch indem wir für mehr Transparenz und bessere Beteiligung sorgen.

Wir wollen das bestehende Informationsfreiheitsgesetz zu einem umfassenden Transparenzgesetz weiterentwickeln. In Kommunen, Ländern und auf Bundes- wie europäischer Ebene bauen wir die Bürgerbeteiligung aus. In den Ländern zeigen wir dies zum Beispiel mit unseren Initiativen für Transparenzgesetze: Wir stehen für eine Politik des Gehörtwerdens und der Bürgerbeteiligung. Wir beziehen Bürger\*innen bei Planungs- und Bauvorhaben früher und besser ein. Dazu wollen wir die Gesetze und Vorschriften weiterentwickeln, gerade auch für Großprojekte.

Wir wollen Open Government voranbringen, eine Verwaltung, die transparent und auf Augenhöhe mit Bürgerinnen und Bürgern kommuniziert. Für die Öffentlichkeit relevante Informationen werden dann nach den Kriterien von Open Data im Internet veröffentlicht.

Das Petitionsrecht wollen wir zu einem wirksamen Mittel der Bürgerbeteiligung ausbauen. Die Stärkung der Demokratie hört für uns jedoch nicht bei den Parlamenten auf, sondern umfasst auch die Demokratisierung verschiedener Lebensbereiche, wie zum Beispiel Schule, Hochschule, Ausbildung oder Arbeitsplatz. Demokratie lebt auch vom Vertrauen in die Wähler\*innen, deshalb wollen wir Elemente direkter Demokratie auch in der Bundespolitik stärken. Wir wollen Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide in die Verfassung einführen.

Unsere Demokratie wird von Rechtspopulismus, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Islamismus und diskriminierender Hetze bedroht. Viele dieser Einstellungen nehmen im Alter zu. Organisationen wie Gesicht Zeigen! richten sich in ihrer politischen Bildungsarbeit gegen diese Tendenzen. Präventive Bundesprogramme für Demokratie und gegen Extremismus basieren aber auf den Richtlinien des Kinder- und Jugendplans, weil es keine eigene gesetzliche Grundlage gibt. Damit können wir ältere Gesellschaftsschichten nicht erreichen. Die bisherige Förderung der Bundesprogramme sieht zudem im Wesentlichen die Förderung von Modellprojekten vor: Wir haben aber hervorragende und erprobte Konzepte für die präventiv-pädagogische Praxis, die wir ausbauen und verstetigen müssen. Dafür brauchen wir eine stabile Grundlage, die mehr Nachhaltigkeit und Planungssicherheit schafft.

- **Welche Formen der Demokratieförderung in Kinder-, Jugend- und Erwachsenenbildung möchte Ihre Partei durchführen?**

Demokratie muss man erleben, im Alltag. Kinder- und Jugendbeteiligung soll deshalb an allen Orten des Aufwachsens möglich sein. Wir brauchen Kitas und Schulen, an denen Beteiligung gelebt und gelernt und Vielfalt wertgeschätzt wird. Solche Demokratieerfahrungen sind eine besonders nachhaltige Form der Demokratieförderung. Wir setzen uns deshalb für die Stärkung von demokratisch organisierten Schulen ein. Wir wollen die politische Bildung in den Schulen und der Jugendhilfe ausbauen und einen Nationalen Aktionsplan zur Kinder- und Jugendbeteiligung auflegen. Kinder und Jugendliche sollen mitbestimmen, wie ihre Welt aussieht und wer ihre Welt gestaltet. Deshalb wollen wir das Wahlalter bei allen Wahlen auf 16 Jahre senken. Denn das Recht auf frühe Mitbestimmung und die entsprechende demokratische Bildung motiviert junge Menschen, sich in die Gesellschaft einzubringen. Wer früh lernt, wählen zu gehen, setzt dies auch später fort und motiviert andere, auch zu wählen. Wer in der Kindheit ernst genommen wird und spürt, dass man Dinge selbst verändern kann, geht als Erwachsener sicherer durchs Leben. Damit eine dauerhafte Förderung von Demokratiebildung und demokratiefördernde Projekte außerhalb des Kinder- und Jugendplans auch für Erwachsene einfacher wird, setzen wir uns für ein Demokratiefördergesetz und die Stärkung der Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung ein.

- **Wie positionieren Sie sich zu einem Demokratiefördergesetz wie es die Amadeu-Antonio-Stiftung, das Anne-Frank-Zentrum, Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland, die Türkische Gemeinde Deutschland und Deutsch Plus bereits im Jahr 2016 gefordert haben?**

Viele Initiativen, Vereine oder Kirche machen sich gegen Nazis und für eine weltoffene Demokratie stark. Diese zivilgesellschaftlichen Institutionen verdienen staatliche und politische Unterstützung und Anerkennung.

Ja, wir wollen diese Initiativen deshalb dauerhaft mit einem Demokratiefördergesetz stärken, das zivilgesellschaftlicher Arbeit verlässlich die nötigen finanziellen Grundlagen garantiert.

## **Bildung und Bildungsbenachteiligung**

In Deutschland entscheidet die soziale Herkunft so stark wie kaum eine andere Kategorie über die Bildungschancen. Von 100 Arbeiterkindern studieren 12, von 100 Akademikerkindern 74. Diese Benachteiligung liegt auch an der frühen Trennung der Schulkinder in verschiedene Schulformen (Haupt- und Realschule, Gymnasium) und wirkt sich zusammen mit anderen Faktoren wie einer bildungsfernen Herkunft oder rassistischer Diskriminierung extrem nachteilig aus, zum Beispiel für Kinder von eingewanderten Menschen. Faktoren wie die Arbeitslosigkeit von einem oder mehrerer Elternteile, einkommensschwache Haushalte oder der Wohnort können sich zudem nachteilig auf den Bildungsweg auswirken.

- **Wie möchte Ihre Partei konkret sicherstellen, dass schulische und außerschulische Bildung für alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von der finanziellen Situation ihrer Eltern, ihrer Herkunft, ihres Wohnortes und ihrer individuellen Lernvoraussetzungen zugänglich sind?**

Zu oft bestimmt immer noch die Herkunft über die eigene Zukunft und nicht etwa Talent oder Fleiß. Wir meinen: Alle, die hier leben, sollen sich verwirklichen und selbstbestimmt leben können. Unser

Ziel ist eine Gesellschaft, in der nicht soziale Herkunft, Geschlecht, ethnische Wurzeln oder körperliche Voraussetzungen über die Zukunft von Menschen entscheiden, sondern deren Wünsche und Begabungen. Wir stemmen uns gegen die Spaltung in drinnen und draußen, wollen die Gesellschaft zusammenhalten und Chancen gerechter verteilen. Dafür muss sich in unserem Bildungssystem manches ändern.

Wir werden mehr Geld für Kitas und Schulen bereitstellen, damit diese den Kindern Chancen eröffnen, die unter schwierigen Bedingungen aufwachsen, und auch jene fordern, die viel leisten können:

Für den weiteren Ausbau des Angebots und zur Verbesserung der Qualität in der **Kinderbetreuung** soll der Bund mit mindestens drei Milliarden Euro pro Jahr eine größere Verantwortung für die frühkindliche Förderung übernehmen. Konkret heißt das: Alle Kinder bekommen einen Anspruch auf einen Ganztagsplatz in einer guten Kita, die mehr als nur eine Betreuungseinrichtung ist und in der Kinder von null bis zur Einschulung ganzheitlich und interkulturell gefördert werden, in dem Erzieher\*innen Zeit haben, jedes einzelne Kind zu unterstützen.

Wir streiten weiter dafür, das **Kooperationsverbot** komplett aufzuheben. Bund und Länder müssen ihre gemeinsame Verantwortung auch gemeinsam übernehmen können. Dann möchten wir ein neues **Ganztagsschulprogramm** mit 4 Milliarden Euro auflegen. Auch um einen Ausbau des längeren gemeinsamen Lernens umsetzen zu können. Denn Bildung braucht Zeit. In unseren Schulen gelingt es aber zu selten, ungleiche Startchancen auszugleichen.

Außerdem wollen wir die Möglichkeit des Bundes, finanzschwache Kommunen im Bildungsbereich zu unterstützen, sofort umfassender nutzen und ein Förderprogramm zur Sanierung von maroden Schulen auflegen, das auch die baulichen Grundlagen für den Auf- und Ausbau von Ganztagschulen legt. Dafür werden wir in den nächsten fünf Jahren zehn Milliarden Euro bereitstellen und so **10.000 Schulen fit für die Zukunft** machen.

Um die außerschulische Teilhabe zu stärken, wollen wir die Angebote für Kinder und Jugendliche aus Familien mit geringen Einkommen stärken. Dazu wollen wir das **Bildungs- und Teilhabepaket umbauen**, denn derzeit erreicht es die Kinder und Jugendlichen nicht. So werden sie zu wenig unterstützt und können zu wenig an Sport, Musik und Kultur teilhaben. Deswegen wollen wir das bisherige System abschaffen und stattdessen die Leistungen für die betroffenen Kinder zum Teil durch einen vom Bund finanzierten kostenfreien Zugang zu den entsprechenden Angeboten und zum Teil durch einen erhöhten Regelsatz gewähren. Gleichzeitig wollen wir 12 Milliarden pro Jahr in das **grüne Familienbudget** stecken, um Kinderarmut zu bekämpfen und Familien zu entlasten.

- **Wird Ihre Partei die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention in Bezug auf ein gemeinsames Lernen von Menschen mit Behinderungen und Menschen ohne Behinderungen durchsetzen? Welche Maßnahmen sollen ein gemeinsames Lernen ermöglichen?**

Im Dezember 2008 haben Bundestag und Bundesrat das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ratifiziert. Alle Fraktionen und alle Bundesländer haben zugestimmt. Damit hat sich Deutschland verpflichtet, ein inklusives Bildungssystem zu gewährleisten. Wenn nun eine Debatte beginnt, ob nicht auch das flächendeckende Angebot von Förderschulen die UN-

Konvention umgesetzt, dann heißt das aber auch: Für eine umfassende Parallelstruktur von inklusiven Bildungseinrichtungen und separaten Förderschulen wäre gar nicht genug qualifiziertes Personal zu finden.

Der Wahlkampf in NRW auch mit den Vorwürfen gegenüber der grünen Schulministerin Sylvia Löhrmann zeigt, dass wir in Deutschland viel stärker über den Weg zu einer inklusiven Gesellschaft diskutieren müssen– mit allen Beteiligten. Fragen, Sorgen und manche Kritik, die sich für einige Eltern durch inklusiven Unterricht ergeben, können wir so noch besser berücksichtigen. Den Weg zur Inklusion können wir nämlich nur gemeinsam gehen, denn Inklusion betrifft uns alle. Schulen und Lehrkräfte brauchen bessere Unterstützungssysteme, damit sie sich von der Aufgabe nicht überfordert fühlen.

In allen Ländern sind eine umfassende Debatte und nachhaltige Entscheidungen nötig, wie die Bildungsangebote dort die Rechte von Kindern und Jugendlichen wahren. Eben auch der Kinder mit Behinderungen, die sich frei von Diskriminierung entwickeln und gleiche Chancen haben sollen.

- **Wie möchte Ihre Partei ganz konkret die Arbeitsbedingungen von Lehrer\*innen und jedem pädagogischen Personal an Schulen verbessern?**

Auf Bundesebene können wir die Arbeitsbedingungen an Schulen nur mittelbar verbessern. Wir setzen dabei vor allem auf den Ausbau des Ganztagschulangebotes. Dadurch wollen wir vor Ort die Bedingungen für gute inklusive Bildung verbessern. Der Ganztag setzt nicht nur eine intakte Bildungsinfrastruktur voraus, sondern verlangt auch Teams aus gut ausgebildete Lehrer\*innen, Erzieher\*innen, Sozialarbeiter\*innen, Künstler\*innen oder Handwerker\*innen in Schulen.

- **Was möchte Ihre Partei für eine bessere Qualifizierung in Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften und Personal im Bildungsbereich tun – besonders im Hinblick auf didaktisches Wissen und methodische Kompetenzen in einer zeitgemäßen Demokratieförderung?**

Mit den insgesamt 14 Milliarden Euro für bessere Schulen entlasten wir Länder und Kommunen, die so mehr in Personal und dessen Qualifizierung investieren können. Zusätzlich wollen wir mit einem Bundesprogramm Schulen in benachteiligten Stadtquartieren oder Regionen mit mehr pädagogischem Personal und mehr Mitteln ausstatten.

Bildung soll vielfältige Möglichkeiten bieten. Dazu gehört auch, an demokratischen Prozessen teilzuhaben. Wir setzen uns deshalb für die Stärkung von demokratisch organisierten Schulen ein. Schulen, an denen junge Menschen fürs Leben lernen und die auf eine gute Zukunft vorbereiten, müssen selbst Orte der Zukunft sein.

## **Hate Speech und Diskriminierungen im Netz**

Hassrede soll Menschen verunglimpfen und herabsetzen. Sie fördert Diskriminierungen und Hetze gegen bestimmte Menschengruppen und ruft zu Gewalt gegen sie auf. Gesicht Zeigen! sieht den Umgang mit dieser Hasskriminalität als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe an. Mit der Übertragung der Verantwortung für das Erkennen und Löschen von strafrechtlich relevanten Inhalten auf die Plattformbetreiber allein ist dem Problem nicht beizukommen. Damit erreichen wir nicht die Täter und bekämpfen vor allem nicht die

Ursachen von Hasskriminalität. Aufklärung, Prävention, Dialog und eine gesellschaftliche Auseinandersetzung über Werte unserer Demokratie sind dringend nötig.

- **Wie möchte Ihre Partei mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz umgehen bzw. welche Gesetzesänderungen sehen Sie vor?**

Mit Sorge beobachten wir die Verbreitung von Hass und Hetze im Netz. Die Strafverfolgung hingegen hinkt diesen Auswüchsen weit hinterher. Wir wollen dafür sorgen, dass Menschen, die sich volksverhetzend äußern oder andere mit Mord- und Vergewaltigungsfantasien bedrohen, konsequent zur Rechenschaft gezogen werden. Große Anbieter sozialer Netzwerke gehören hier in die Pflicht genommen, dürfen aber nicht in eine Richter\*innenrolle gedrängt werden. Sie müssen offensichtlich strafrechtswidrige Inhalte umgehend löschen. Gerichte und Strafverfolgungsbehörden müssen sie bei der Dokumentation und Verfolgung solcher Fälle unterstützen. Dafür ist rund um die Uhr eine inländische Kontaktstelle für Anfragen von Strafverfolgungsbehörden vorzuhalten und sind entsprechende Reaktionsfristen einzuhalten, ansonsten drohen Bußgelder.

In einem Hauruck-Verfahren legte Justizminister Maas einen Entwurf zum Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) vor, das eine selten dagewesene und breite Kritik erfahren hat. Die einseitige Fokussierung auf Löschpflichten für Diensteanbieter wird dem Problem nicht gerecht. Die vorgesehene Einrichtung einer „regulierten Selbstregulierung“ ist so unspezifisch, dass bisher keine konkreten Schritte zur Umsetzung vorgenommen wurden. Eine Evaluation des Gesetzes ist nicht vorgesehen. Eine ordentliche Anhörung der Betroffenen ist nicht vorgeschrieben. Eine Konkretisierung, wie wir sie vorgeschlagen haben, des bereits existierenden Melde- und Abhilfeverfahrens („Notice and take down“) für rechtswidrige Inhalte wurde nicht vorgenommen. Diese und weitere grundlegende Mängel des Gesetzes müssen schnellstmöglich behoben werden.

- **Wie plant Ihre Partei sowohl die Meinungs- und Informationsfreiheit im Netz als auch die Betroffenen von Hasskriminalität zu schützen?**

Die komplexe Rechtsgüterabwägung zwischen individuellen Schutzrechten und gesellschaftlichen Werten muss durch staatliche Stellen vorgenommen werden. Hierfür müssen Strafverfolgungsbehörden und Gerichte technisch und personell deutlich besser ausgestattet werden. Das Melde- und Abhilfeverfahren muss konkretisiert werden. Ebenfalls konkretisiert werden muss die Richtlinie für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren (RiStBV), das der enormen Verbreitungsdynamik im Digitalen gerecht wird.

- **Was plant Ihre Partei, um Hassrede, Diskriminierungen und Menschenfeindlichkeit im Netz entgegenzuwirken und eine respektvolle Netzkultur zu fördern?**

Neben einer verbesserten Rechtsdurchsetzung ist eine Stärkung der Medienkompetenz dringend nötig. Attraktive und altersgerechte Medienkompetenzangebote in schulischen und außerschulischen Einrichtungen müssen gefördert und das zivilgesellschaftliche Engagement und die die Kultur der Gegenrede unterstützt werden. Hierfür benötigen wir auch unabhängige und kostenfreie Informations- und Beratungsstellen zum Umgang mit Hate Speech, Fake News und Cybermobbing. Dabei ist eine teilweise Finanzierung durch eine verpflichtenden Abgabe von Diensteanbietern zu prüfen.

## Migration

In den letzten Jahren sind so viele Menschen wie nie zuvor nach Deutschland eingewandert, darunter ebenso EU-Bürger\*innen oder Geflüchtete aus Syrien oder Afghanistan. Für sie gilt ein nahezu undurchsichtiger Paragraphendschungel aus Integrations- und Zuwanderungsgesetz und Asylgesetzgebung, die überwiegend eine abschreckende Wirkung für Migrant\*innen entfalten und zum Teil menschenunwürdige Zustände beispielweise in Flüchtlingsheimen hervorbringen. Inzwischen haben 21 Prozent der deutschen Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Als Einwanderungsland leben wir von der Vielfalt an Erfahrungen, Lebensweisen, Kompetenzen und Identitäten, die diese Menschen mitbringen und haben. Die Selbstverständlichkeit von Zuwanderung sollte sich auch in ihrer gesetzlichen Regelung widerspiegeln und insbesondere im Falle Geflüchteter im Einklang mit humanitären Prinzipien stehen.

- **Welche Schritte plant Ihre Partei, um ein modernes Einwanderungsgesetz auf den Weg zu bringen?**

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Deshalb werden wir ein Einwanderungsgesetz vorlegen. Fachkräften ermöglichen wir ein Aufenthaltsrecht zur Arbeitssuche und schaffen dafür eine Einwanderungsquote mit Punktesystem. Auch ein möglicher Spurwechsel zwischen Asyl- und Einwanderungsrecht hilft dabei, Fachkräfte zu gewinnen. So können Asylbewerber\*innen bei entsprechender Qualifikation eine Arbeitserlaubnis erhalten. Wir wollen bestehende Berufsabschlüsse besser anerkennen und die Arbeitsaufnahme in Deutschland erleichtern.

- **Wie möchte Ihre Partei dazu beitragen, eine positive Kultur der Zuwanderung und die Anerkennung von Diversität in Deutschland zu befördern?**

Schon immer hat Ein- und Auswanderung Deutschland geprägt und verändert, vor Herausforderungen gestellt und uns als Gesellschaft weitergebracht. In einem Europa der offenen Grenzen und in einer Welt, die durch Handel und Digitalisierung noch enger zusammengerückt ist, ist die Migration ein Teil unserer Realität. Wir wollen diese Einwanderung vernünftig regeln und die Integration fördern, um das friedliche Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlicher Herkunft und Religion zu sichern. Wir empfinden es als Reichtum, wenn wir in uns selbst, unseren Familien, Nachbarschaften und den Freundeskreisen unserer Kinder unterschiedlichen Kulturen begegnen. Für uns zählt nicht, woher ein Mensch kommt, es zählt, wo sie oder er hin will. Wir kennen die Vorteile vielfältiger Gesellschaften: Sie entwickeln sich dynamischer und kreativer als solche in Abschottung. Um eine positive Wahrnehmung von Deutschland als Einwanderungsland zu unterstützen braucht es weitere Erfolge in der Integrationsarbeit, die Wahrnehmung und Einbeziehung der Eingewanderten als gesellschaftliche Akteure bspw. durch die Förderung von Migrantenselbstorganisationen und eine Kultur des Hinschauens, die offen und vorurteilsfrei Missstände benennt. Das Band, das eine Gesellschaft der Vielfalt eint und zusammenhält, sind unser Grundgesetz und die Akzeptanz von Grund- und Menschenrechten.

- **Was plant Ihre Partei, um dafür Sorge zu tragen, dass diese Diversität, v. a. in Bezug auf verschiedene kulturelle Herkunft, auch bei Lehrkräften in Bildungseinrichtungen abgebildet wird?**



Alle Bildungseinrichtungen müssen gezielt dabei unterstützt werden, nicht nur Institutionen der, sondern auch Institutionen für die Einwanderungsgesellschaft zu sein. Bildungspolitik kommt die Aufgabe zu, die Kompetenz der Teams an Kitas und Schulen zu stärken, damit sie mit den unterschiedlichen Lebensrealitäten und Bedürfnissen der ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen besser umgehen können. In Bildungseinrichtungen in einer Einwanderungsgesellschaft kommt es vor allem auch darauf an, Kinder und Jugendliche auf ein Leben in Vielfalt vorzubereiten. Dies ist eine Schlüsselqualifikation für alle. Interkulturelle Bildung ist das konstruktive Sichauseinandersetzen mit sprachlicher, kultureller und religiöser Pluralität, mit unterschiedlichen Formen von Diversität und Antidiskriminierung. All das darf dabei keine Spezialkompetenz Einzelner sein, sondern muss vielmehr ein selbstverständlicher Grundbestandteil von Allgemeinbildung in einer Einwanderungsgesellschaft sein. Unabdingbar ist deshalb ganz grundsätzlich ein vielfältig zusammengesetztes und interkulturell geschultes pädagogisches Personal. Pädagoginnen und Pädagogen müssen die Arbeit an Haltungen und Einstellungen als permanente Aufgabe betrachten und nicht als Kompetenz, die in einer punktuellen Fortbildung erlangt beziehungsweise durch einzelne Kolleginnen und Kollegen als Expertinnen und Experten abgebildet werden kann. Dementsprechend müssen auch Unterrichts- und Ausbildungsinhalte in allen Bildungseinrichtungen und auf allen Ausbildungsebenen grundlegend auf dieses Bildungsziel hin überprüft und ausgerichtet werden. Dies gilt gleichwohl für die Rahmenpläne als auch für Schulbücher. Wir wollen deswegen gemeinsam mit den Ländern und Kommunen die Aus-, Fort- und Weiterbildung von zusätzlichen Erzieherinnen und Erziehern, Lehrkräften, Professorinnen und Professoren, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern und Psychologinnen und Psychologen angehen. Dabei brauchen diese vielen engagierten Menschen insbesondere Unterstützung in puncto Sprachbildung, gerade auch im Hinblick auf die Mehrsprachigkeit von Kindern und Jugendlichen. Gleichzeitig wollen wir die Vielfalt der Gesellschaft auch in Kita, Schule, Berufsschule und an den Hochschulen besser als bisher abbilden und dazu gezielt Menschen mit Migrationshintergrund als Kulturmittler und Kulturmittlerinnen für die pädagogischen Berufe werben.

- **Wie positionieren Sie sich zu Abschiebungen in Länder wie Afghanistan, in denen das Leben von Menschen bedroht ist?**

Wir lehnen Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete wie Afghanistan ab. Auch für Menschen, die in Deutschland kein Aufenthaltsrecht erhalten haben, gelten die Menschenrechte. Für uns steht das Schicksal des einzelnen Menschen im Mittelpunkt.

- **Wie beabsichtigt Ihre Partei dafür Sorge zu tragen, dass alle Geflüchteten in menschenwürdigen und ihren Bedürfnissen entsprechenden Unterkünften untergebracht werden?**

Wir wollen, dass geflüchtete Menschen möglichst schnell dezentral in normalen Wohnungen untergebracht werden. Eine dauerhafte Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften ohne oder mit lediglich eingeschränkter Privatsphäre widerspricht unserer Forderung nach einer schnellen Integration von Beginn des Aufenthalts an. Wir wollen daher den sozialen Wohnungsbau fördern, so dass mehr geeignete Wohnungen für alle zur Verfügung stehen. Zudem braucht es für die Zeit der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften verbindliche Standards, die insbesondere den Schutzbedarf von besonders verletzlichen Gruppen wie Kindern, Frauen, Lesben, Schwulen, Trans- und Intergeschlechtlichen Menschen und traumatisierten Flüchtlingen, berücksichtigen. Der unbedingte Schutz vor jeder Form von Gewalt muss sichergestellt werden.

## Rechtsextremismus und rechte Gewalt

Rechtsextremisten lehnen die Freiheit und die Gleichheit aller Menschen ab, sie verbinden inhumane, ausgrenzende und diskriminierende Elemente wie Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Nationalismus und Autoritarismus und richten sich damit gegen unsere demokratische Gesellschaft. Rechtsextremismus weitet sich weiterhin in Deutschland aus, auch gewalttätige Übergriffe nehmen zu. So gab es im Jahr 2016 allein 3774 Angriffe auf Asylsuchende und durchschnittlich alle drei Tage einen Brandanschlag. Pegida, Reichsbürger, Identitäre, Afd und NPD bezeugen die Ausbreitung rechtsextremen Gedankenguts. Offene Fragen aus sämtlichen NSU-Untersuchungsausschüssen belegen zudem strukturelle Schwierigkeiten im Erkennen und im Umgang mit rechter Gewalt.

- **Wie möchte Ihre Partei die gemeinsamen Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode umsetzen? Wie planen Sie mit den noch bestehenden offenen Fragen zur Mordserie des NSU und der Verantwortung der Behörden umzugehen?**

Der Staat muss Rechtsextremismus, alltäglichen und institutionell verankerten Rassismus mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen. Sicherheitsbehörden müssen den Blick nach rechts außen schärfen und dazu das breite Wissen zivilgesellschaftlicher Initiativen besser würdigen und als Expertenwissen in ihre Analysen einbeziehen.

Der 2. NSU-Untersuchungsausschuss im Bund ist abgeschlossen und hat seinen Abschlussbericht vorgestellt. Wir stehen für eine konsequente Umsetzung der Empfehlungen und eine echte Zäsur beim Verfassungsschutz. Es braucht einen Neustart und ein sehr gründliches Überdenken des V-Leute-Wesens. Wir wollen nicht, dass die zu beobachtenden Milieus querfinanziert und schwere Straftaten aus diesen Szenen gedeckt werden. Das fordern wir auch in unserem Sondervotum zum Abschlussbericht, worin wir in unseren Bewertungen und Schlussfolgerungen über den gemeinsamen Feststellungsteil hinausgehen. Die Aufklärung ist für uns jedoch noch lange nicht beendet. In den anderthalb Jahren konnten wir einiges herausarbeiten, aber es gibt noch viele offene Fragen. Es wird unsere Aufgabe bleiben, die aufgedeckten Missstände, z.B. zur Aktenvernichtung im Bundesamt für Verfassungsschutz und zu den Mängeln in den Ermittlungen zum NSU nach 2011 weiter klar anzusprechen und auf Aufarbeitung zu drängen.

- **Wie will Ihre Partei zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen, die sich gegen rechte Gewalt und rassistische Vorurteile einsetzen, finanziell absichern und politisch unterstützen, um ihre dringend notwendige Arbeit langfristig zu gewährleisten?**

Wir stehen für eine Bekämpfung rassistischer und rechtsextremer Gewalt mit allen rechtsstaatlichen Mitteln. Dabei treten wir menschenfeindlicher Propaganda entschieden entgegen und stehen für die Stärkung unserer Demokratie sowie Zivilgesellschaft und Prävention. Mit zahlreichen Initiativen setzen wir uns im Bundestag ein für eine Bekämpfung rechter Ideologie und Gewalt sowie die lückenlose Aufarbeitung des Terrors des NSU.

Vielerorts stellen sich zivilgesellschaftliche Initiativen dem Hass entgegen. Viele engagierte Menschen in Kommunen, Behörden, Parteien, Vereinen, Verbänden, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften leisten unschätzbar wertvolle Arbeit für unsere Demokratie. Menschenfeindlicher Propaganda muss entschieden durch Förderung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Angebote entgegengetreten werden, um ihre menschenfeindlichen

Hintergründe offenzulegen. Diese Arbeit muss verlässlich finanziert werden. Wir wollen ein Demokratiefördergesetz auf den Weg bringen, das die dauerhafte Bundesförderung von demokratiefördernden und engagementpolitischen Initiativen und Projekten möglich macht.

- **Wie möchte Ihre Partei erreichen, dass sich junge Menschen in unserem Land nicht radikalieren?**

Prävention kann, was keine Technik, keine Kamera dieser Welt kann: Demokratie stärken und Straftaten im Vorfeld verhindern. Wir müssen alles unternehmen, damit junge Menschen nicht in menschenverachtende und Gewalt verherrlichende Ideologien abgleiten, seien sie rechtsextremistisch oder islamistisch. Wir fordern eine Bildungsoffensive in Kindertagesstätten und Schulen, die Förderung von Demokratie- und Medienkompetenz junger Menschen sowie eine Stärkung von Beratungsstellen, Jugendverbänden und aufsuchender Jugendarbeit. Auch die Justizvollzugsanstalten sind in den Blick zu nehmen, denn sie waren in der Vergangenheit ebenfalls Stationen der Radikalisierung. Wir wollen Präventionsprogramme gegen Rechtsextremismus, als auch gewaltbereiten Islamismus und Salafismus massiv ausbauen und zivilgesellschaftliche Ansätze stärken. Auch Programme zur Deradikalisierung und für Aussteiger\*innen aus der rechtsextremen und islamistischen Szene wollen wir stärken.